




Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



 September 2016
Seite 1 von 1

**Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt
am 30. September 2016**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anbei übersende ich die erbetenen Berichte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 30. September 2016

- zum Haushaltsentwurf 2017
- zur Arbeit des Projektbüros newtrade nrw
- zum Europäischen Vereinsstatut.

Ich bitte, die Berichte an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Franz-Josef Lersch-Mense

Bericht

des Ministers für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chefs der Staatskanzlei zum Ergebnis- und Transferhaushalt Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie der Landesvertretung Brüssel

September 2016

Inhalt

Europa	2
I. Allgemeines	2
II. Ergebnishaushalt (Kapitel 02 010)	4
a. Europaaktivitäten der Kommunen	5
b. Städtepartnerschaften	5
c. Europaschulen	6
d. Unterstützung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren	7
e. Europa erlesen	7
f. Europapolitische Prioritäten	8
g. Benelux-Länder	8
h. Europawoche	10
III. Transferhaushalt (Kapitel 02 030)	11
a. Länderbeobachter	11
b. Vernetzung der Zivilgesellschaft	11
c. Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen	11
d. Intensivierung der bilateralen Beziehungen und Förderung des bürgerschaftlichen und politischen Dialogs	11
e. Zuschuss an die Europa-Union	13
Internationales und Eine Welt	13
I. Allgemeines	13
II. Ergebnishaushalt (Kapitel 02 010)	16

a.	Humanitäre Maßnahmen	16
b.	Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes und für die Organisation des Jugendprogramms mit Israel	16
c.	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	17
III.	Transferhaushalt (Kapitel 02 040)	18
a.	Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gGmbH	18
b.	Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit	20
c.	Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit	21
d.	Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen	21
e.	Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in Entwicklungsländern - Konkreter Friedensdienst	23
f.	Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland	24
g.	Zuschüsse für Investitionsausgaben	27
	Landesvertretung Brüssel	28
I.	Allgemeines	28
II.	Ergebnishaushalt (Kapitel 02 010)	29
	Veranstaltungen 2017	30

Europa

I. Allgemeines

Nordrhein-Westfalen liegt mitten in einem Europa, das derzeit mit der noch nicht überwundenen Staatsschuldenkrise, dem Brexit und dem Flüchtlingszustrom eine der größten Herausforderungen seiner Geschichte erlebt. Zwar wird nicht nur auf politischer Ebene, sondern überall zunehmend über Europa diskutiert. Allerdings sind viele europäische Themen derzeit so komplex, dass sie öffentlich schwer vermittelbar sind. Die EU braucht deshalb klare, verständliche Botschaften, die an Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger anknüpfen. Sonst ist die Gefahr groß, dass das Vertrauen der Menschen in die europäischen Errungenschaften verloren geht.

Es bleibt daher die Aufgabe der Landesregierung, mit den Bürgerinnen und Bürgern über Europa ins Gespräch zu kommen, um ihnen zu verdeutlichen, wo wir ohne Europa stünden. Ohne die Europäische Union gäbe es jenes Maß an Frieden, Freiheit und Wohlstand nicht, das 500 Millionen Menschen auf dem Kontinent derzeit genießen. Ein Rückfall in nationale Egoismen einschließlich geschlossener Grenzen im Inneren kann keine Lösung sein. Mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam müssen Wege für ein modernes, soziales und demokratisches Europa gefunden werden, die auch die regionalen und besonders die kommunalen Besonderheiten und Bedürfnisse in den Blick nehmen und diesen Rechnung tragen.

Ziel und Anspruch muss weiterhin sein, die breit angelegte und konstruktive Debatte über Europa und die Zukunft der Europäischen Union in allen Teilen der Gesellschaft zu intensivieren. Dazu setzt die Landesregierung weiterhin einen Schwerpunkt auf die gezielte Stärkung der zivilgesellschaftlichen Europaarbeit. Zusätzlich werden wichtige europapolitische Institutionen im Land weiter gefördert, die einen starken Beitrag zur Festigung des Europagedankens in der Gesellschaft leisten können. Dazu ist es weiterhin notwendig, die erfolgreiche Arbeit mit den Europaschulen und in den Kommunen fortzusetzen. In Netzwerkveranstaltungen wird Nordrhein-Westfalen die Akteure untereinander in Verbindung bringen, um das Voneinander Lernen (best practice) zu fördern und deren Europaprofil noch weiter zu schärfen.

Die Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit dem Benelux-Raum bilden einen der wesentlichen Schwerpunkte der europäischen Zusammenarbeit. Insbesondere die 2013 verabschiedete Benelux-Strategie der Landesregierung gibt hier neue Impulse, an denen auch 2017 weiterhin gearbeitet wird. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowohl mit den Zentralregierungen der Benelux-Staaten als auch mit der dezentralen Ebene in Belgien und den Niederlanden wird fortgeführt.

Mit den Niederlanden spiegelt sich die intensive Zusammenarbeit nicht zuletzt in der 2016 erneuerten sogenannten GROS-Liste wider. Diese Arbeitsliste hat sich zu einem strukturgebenden Element im Hinblick auf den Abbau grenzbedingter Hindernisse entwickelt. 2017 konzentrieren wir uns auf das Zusammenwachsen eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes, indem u.a. zielgerichtete Dialoge mit den regionalen Partnern durchgeführt werden.

Die Kooperation mit Belgien intensiviert sich in besonderem Maße mit Flandern, das in seinem Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit mit NRW als Schwerpunktthema definiert hat.

Aber auch mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich die Zusammenarbeit weiter entwickelt. Punktuelle Kooperationen mit der Wallonie werden fortgeführt. Auch mit Luxemburg gibt es eine enge Kooperation im Rahmen der Benelux-Union, die Zusammenarbeit wird zudem insbesondere im Bereich Innovation weiter verstärkt.

Die Zusammenarbeit des Landes mit den EU-Mitgliedstaaten konzentriert sich auch weiterhin auf strategisch festgelegte Hauptkooperationsländer und Schwerpunktthemen. Besonderer Schwerpunkt bleibt die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen Hauts de France (seit Januar 2016 durch die Fusion der französischen Regionen Nord-Pas de Calais und Picardie) und Schlesien auch im Rahmen des Regionalen Weimarer Dreiecks. Auf der Grundlage der 2014 neu gefassten Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit wird Nordrhein-Westfalen 2017 Gastgeber für ein deutsch-französisch-polnisches Projekt der kulturellen Zusammenarbeit sein.

Der Haushaltsentwurf 2017 sieht für den Teil Europa Ausgaben in Höhe von insgesamt 2.826.100 EUR vor. Das sind 122.000 EUR weniger als im Vorjahr. Dieses „Weniger“ ergibt sich im Wesentlichen aus dem leicht verringerten Ansatz für den zeitweiligen Einsatz von Beschäftigten des Landes in internationalen oder europäischen Institutionen und der titelscharfen Auflösung der Globalen Minderausgabe beim Titel zur Förderung der Europaaktivitäten des Landes und Pflege der europäischen Beziehungen.. Die übrigen Ansätze wurden überrollt. Bei einigen Titeln wurden zur Glättung Auf- bzw. Abrundungen durchgeführt.

II. Ergebnishaushalt (Kapitel 02 010)

Ein Schwerpunkt der europapolitischen Arbeit liegt auch in 2017 auf der Förderung der Europaaktivitäten des Landes und der Pflege der europäischen Beziehungen, wofür 831.000 EUR in der Titelgruppe 63, Titel 534 63, zur Verfügung stehen (gegenüber 941.000 EUR in 2016, dazu am Ende des Abschnitts „Benelux-Länder“). Mit diesen Mitteln werden alle zur Förderung der Europaaktivitäten und für die Pflege der europäischen Auslandsbeziehungen des Landes notwendigen sachlichen Verwaltungsausgaben finanziert. Die Ausgaben sollen der Durchführung von Veranstaltungen, Projekten und Maßnahmen sowohl im In- wie im europäischen Ausland dienen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit des Landes NRW mit den europäischen Staaten zu fördern. Die Mittel sind zudem vorgesehen zur Durchführung von Veranstaltungen sowie (Informations-)Maßnahmen zu europapolitischen Themen, um die Europaaktivität des Landes zu stärken. Ziel ist unter anderem, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Verbände und Einrichtungen, die Bürgerinnen und Bürger, sowie die

kommunale Ebene über die europäische Politik zu informieren und sie zu motivieren, sich in europäische Prozesse einzubringen.

Europaaktivitäten der Kommunen

Insbesondere dienen die Mittel der Förderung der Europaaktivitäten der Kommunen. Starke Kreise, Städte und Gemeinden sind das Fundament des „Hauses Europa“. Auch auf kommunaler Ebene müssen die Bürgerinnen und Bürger erfahren, dass Europa für die Menschen da ist. Wichtig ist für die Kommunen daher, sich fit zu machen für Europa. Diejenigen, die dabei besonders voranschreiten und mit ihrem Engagement beispielgebend sind, werden dafür von der Ministerpräsidentin ausgezeichnet. Im Jahr 2013 sind die ersten Städte und Kreise als Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden, mittlerweile sind es 36. Die 2013 erstmalig verliehenen Auszeichnungen laufen 2018 aus. Die Landesregierung hat daher gemeinsam mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden ein Re-Auszeichnungsverfahren entwickelt, in dessen Rahmen sich die Kommunen 2017/2018 dann erneut bewerben können.

Die Internetplattform www.europaaktivekommune.nrw.de ergänzt die Auszeichnung, indem sie die guten Beispiele für aktive Europapolitik vor Ort sichtbar macht. Zudem unterstützt die Landesregierung Multiplikatoren, die eine Vernetzung der Akteure innerhalb der Kommunen und untereinander fördern. Dazu dienen auch die von der Staatskanzlei organisierten zwei Mal jährlich stattfindenden Treffen der EU-Beauftragten der Kommunen, das jährliche Netzwerktreffen der „Europaaktiven Kommunen“ in der Akademie des Innen- und Kommunalministeriums in Herne sowie die Informationsfahrt der „Europaaktiven Kommunen“ nach Brüssel. Dort können die konkreten kommunalen Belange vor Ort an Verantwortliche der Europäischen Kommission adressiert werden.

Städtepartnerschaften

Die Landesregierung wird mit den Mitteln auch Maßnahmen umsetzen, die bei den Bürgerinnen und Bürgern für die europäische Idee werben und über Grenzen hinweg den Dialog der Bürgerinnen und Bürger für eine Zukunft Europas fördern. Für den Austausch über die Grenzen hinweg spielen Städtepartnerschaften eine wichtige Rolle. Jedoch stehen Kommunen häufig vor der Herausforderung, nachlassendes Interesse an Städtepartnerschaften kompensieren zu müssen, Partnerschaften neu zu beleben oder finanzielle Lücken bei der Finanzierung von Bürgerbegegnungen zu schließen. Die Landesregierung wird daher die Kommunen auf zweierlei Weise unterstützen: zum einem, indem sie die Kommunen mit dem Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“, der 2017 erneut durchgeführt wird, bei der Förderung von Bürgerbegegnungen finanziell unterstützt und zum

anderen, indem sie durch eine Handreichung konkrete Hilfestellungen für Städtepartnerschaften bietet. An praxisnahen Beispielen wird erläutert, wie die Zivilgesellschaft eingebunden werden kann, welche Akteure einbezogen werden müssen und welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Europaschulen

Die Jugend braucht Europa ebenso wie Europa die Jugend braucht. Die Stärkung eines Bewusstseins für die verbindende gemeinsame Geschichte Europas ist ebenso wichtig wie die Vermittlung interkultureller Kompetenzen und Sprachen. Ende 2016 steigt die Zahl der Europaschulen in Nordrhein-Westfalen auf über 200. Sie sind der Stützpfiler europapolitischer Bildungsarbeit im Land. Durch ihr europäisch geprägtes Schulprofil, durch regelmäßige europäische Austauschprogramme sowie Schülerbetriebspraktika im Ausland geben sie den jungen Menschen das nötige Rüstzeug für das Leben und Arbeiten in Europa. Das Ziel ist es, die Zahl der Europaschulen weiterhin stabil zu halten und die erfolgreiche Rezertifizierung der Schulen weiterhin zu unterstützen.

Um interessierte Schulen über das Europaschulkonzept zu informieren, werden wir weiterhin gemeinsam mit dem Schulministerium Informationsveranstaltungen in den Regierungsbezirken anbieten. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dieses Format in den ländlicheren Regionen Nordrhein-Westfalens, in denen die Zahl der Europaschulen noch stärker ausgebaut werden kann. Die durchgeführten Informationsveranstaltungen in den Regierungsbezirken Detmold und Arnsberg waren schon erfolgsversprechend und werden in 2017 fortgeführt.

Jährlich finden Tagungen der Europaschulen zur Vernetzung untereinander und mit anderen Institutionen statt. Im Herbst 2017 werden wir bereits die 8. Netzwerktagung der Europaschulen des Landes durchführen. Diese Netzwerkveranstaltungen sind Teil der fortlaufenden Weiterentwicklung des Europaschulkonzepts. Zudem ist 2017 unter anderem eine gemeinsame Veranstaltung im Rahmen der Projekte „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ mit den Essener Europaschulen geplant.

Zudem gibt es regelmäßig Angebote zur Unterstützung der Arbeit der Lehrkräfte sowie Wettbewerbe für Schülerinnen und Schüler. Neben zahlreichen Fortbildungsangeboten wird auch 2017 u.a. der Foto- und Kurzfilmwettbewerb Eurovisions ausgeschrieben, der sich an alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II im ganzen Land richtet.

Darüber hinaus findet eine fortlaufende Weiterentwicklung des Europaschulkonzepts mit Stiftungen und dem MSW statt. Mit der Errichtung eines landesweiten Netzwerks will das Land den Europaschulen zudem helfen, die dringend benötigten Praktikumsplätze im

Ausland anbieten zu können. Eine 2016 gestartete Initiative soll den Schulen Hilfe leisten, Partner für geeignete Schülerpraktikumsplätze im Ausland zu finden. Allgemeine Informationen bietet die Internetplattform www.europaschulen.nrw.de.

Um eine Vernetzung von Schulen mit Europaprofil auf Bundesebene zu fördern und das Konzept der Europaschulen, für das Nordrhein-Westfalen in Deutschland beispielgebend ist, weiter bekannt zu machen, hat NRW 2015 in Berlin das Bundesnetzwerktreffen der Europaschulen initiiert. Die zweite Bundeskonferenz, für deren Ausrichtung NRW noch einmal das Mandat der Europaministerkonferenz erhalten hat, findet Ende September 2016 in Berlin statt. Die dritte Bundeskonferenz für 2017 ist bereits in Planung.

Unterstützung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Die Landesregierung unterstützt die europapolitischen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Umsetzung ihrer Informationsarbeit in vielfältiger Weise, z.B. durch

- Förderung der Netzwerkbildung,
- Unterstützung der inhaltlichen Fortbildung der Multiplikatoren und
- Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit.

Um verschiedene Zielgruppen und möglichst viele gesellschaftliche Gruppierungen zu erfassen, erfolgt die Stärkung des Netzwerks der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in verschiedenen Formaten. Dabei werden Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und Auszubildende ebenso in den Blick genommen wie Studierende, Berufstätige und Senioren. Zur Stärkung der Europaaktivität des Landes wird die Landesregierung auch weiterhin die europapolitischen Multiplikatoren in NRW fördern. Dazu veranstaltet sie auch 2017 verschiedene Treffen, bei denen die Akteure die Gelegenheit haben, sich zu vernetzen und gemeinsam europapolitische Projekte zu entwickeln. Zusammen mit den Jungen Europäischen Föderalisten und der Europäischen Kommission, Vertretung in Bonn, wird die Landesregierung außerdem wieder die „Netzwerktreffen für ein Junges Europa“ durchführen, mit denen insbesondere bei jungen Menschen für die Europäische Idee geworben wird. Zu den neueren Formaten, die die Landesregierung veranstaltet, zählt ferner ein Netzwerktreffen mit Redakteuren von Schülerzeitungen der Europaschulen. Auch hier werden europäische Themen im Mittelpunkt stehen.

Europa erlesen

Seit 2007 veranstaltet die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Literaturbüro NRW e.V. unter dem Titel „Europa erlesen“ Lesungen europäischer Autoren im Stadttor, die die Bedeutung der kulturellen Vielfalt für das Zusammenwachsen Europas verdeutlichen und

Bürgerinnen und Bürger zur Debatte über Europa anregen. Prominente Autoren waren bisher unter anderem Herta Müller (DE), György Konrád (HU), Margriet de Moor (NL) oder auch Robert Menasse (AT). 2017 wird diese Reihe fortgesetzt, die sich thematisch u.a. an dem Vorsitz der Europäischen Ratspräsidentschaft orientiert.

Europapolitische Prioritäten

Nordrhein-Westfalen ist ein starker Akteur nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb der Europäischen Union. Das institutionelle Gefüge der EU trägt der bedeutenden Rolle der regionalen und auch der lokalen Ebene zunehmend Rechnung. Die Landesregierung wirkt infolgedessen insbesondere bei den in den "Europapolitischen Prioritäten" ausgewiesenen Themen an der europäischen Willensbildung mit und vertritt die Interessen des Landes, z.B.

- bei der Migration, Integration und Inklusion in einem sozialen Europa
- bei einer Europapolitik für Kommunen sowie für Bürgerinnen und Bürger in NRW
- oder grundsätzlich bei der Stärkung der europäischen Identität innerhalb des Landes.

Die Landesregierung übt dabei in vollem Umfang die Kompetenzen aus, die ihr sowohl nach dem Grundgesetz, als auch im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems zustehen. Darüber hinaus vertritt die Landesregierung als eigenständiger Akteur die Interessen des Landes auch unmittelbar gegenüber den europäischen Institutionen.

Benelux-Länder

Die Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit dem Benelux-Raum bilden einen der wesentlichen Schwerpunkte der europäischen Zusammenarbeit. Insbesondere die 2013 verabschiedete Benelux-Strategie der Landesregierung hat hier neue Impulse gegeben, die weiterhin umgesetzt werden. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowohl mit den Zentralregierungen der Benelux-Staaten als auch mit der dezentralen Ebene in Belgien und den Niederlanden wird fortgeführt.

Mit den Niederlanden spiegelt sich die intensive Zusammenarbeit nicht zuletzt in der 2016 erneuerten sogenannten GROS-Liste wider. Diese Arbeitsliste hat sich zu einem strukturgebenden Element im Hinblick auf den Abbau grenzbedingter Hindernisse entwickelt. 2017 konzentrieren wir uns hierbei auf das Zusammenwachsen eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes, indem u.a. zielgerichtete thematische Dialogstrukturen mit den regionalen Partnern durchgeführt werden sollen.

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Deutsch-Niederländischen Forums (DNF) hat durch die Mitgliedschaft von Staatssekretär Dr. Eumann im Lenkungsausschuss des Forums einen

neuen politischen Schwerpunkt gesetzt. Das DNF wird 2017 sowohl organisatorisch als auch inhaltlich etwa durch die Durchführung von gemeinsamen Aktivitäten (Podiumsdiskussionen etc.) unterstützt und hierdurch in seiner politischen Arbeit und seiner öffentlichen Wahrnehmbarkeit gestärkt.

Die Kooperation mit Belgien intensiviert sich in besonderem Maße mit Flandern, das im Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit mit NRW als Schwerpunktthema definiert hat. So soll auch 2017 der Austausch von Experten zu spezifischen Themen (bisher z.B. Präventionspolitik/Wegweiser sowie Integration von Asylsuchenden im Arbeitsmarkt) fortgesetzt werden. Aber auch die Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft etwa im Medienbereich und der Wallonie wird 2017 fortgeführt werden.

Mit Luxemburg soll insbesondere im Bereich Innovation und Digitalisierung die Kooperation weiter verstärkt werden. Zudem wird mit Luxemburg auch eng im Rahmen der Benelux-Union zusammen gearbeitet. Durch die Nachbesetzung der Verbindungsperson im Generalsekretariat der Benelux-Union 2014 für drei Jahre konnte hier Kontinuität im gegenseitigen Austausch und in der Qualität der Zusammenarbeit gewährleistet werden. 2017 wird im Zeichen der Umsetzung des Mehrjahresplans der Benelux-Union stehen, der sich derzeit in der Abstimmung befindet.

Die Unterstützung der Euregios, die dem Land wichtige Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleiben, soll auch in den folgenden Jahren gesichert werden. Neben der finanziellen Unterstützung bedeutet dies auch eine vertiefte inhaltliche Zusammenarbeit. So ist geplant, gemeinsam mit den Euregios, den Niederlanden und Belgien Aktivitäten zur Förderung des Europagedankens durchzuführen.

Die Pflege der internationalen Kontakte mit den weiteren EU-Ländern, vor allem mit Polen und Frankreich, wird durch Veranstaltungen und gemeinsame Projekte fortgesetzt. Heute stellt sich für die europäischen Regionen mehr denn je die Herausforderung, den europäischen Integrationsprozess „von unten“ mitzubestimmen und weiter zu entwickeln. Dabei müssen sie sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Aktivitäten Nordrhein-Westfalens in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, die ein gutes Forum der deutsch-polnischen Zusammenarbeit bietet.

Das Weniger von 110.000 EUR in Titel 534 63 ergibt sich durch die Verlagerung von 35.000 EUR nach Titel 539 63 und aufgrund der Auflösung der bei Kapitel 02 020 Titel 549 00 veranschlagten Globalen Minderausgabe in Höhe von 75.000 EUR.

Europawoche

Im erstmals ausgebrachten Titel 539 63 stehen zur Durchführung des Wettbewerbs Europawoche 100.000 EUR zur Verfügung. Der Ansatz dient der Förderung von Projekten, die im Rahmen der Europawoche durchgeführt werden.

Die jährlich im Mai stattfindende Europawoche hat sich über die Jahre zu einem besonders beliebten Format zur europapolitischen Kommunikation entwickelt. Seit Jahren hat sich die Zahl der Bewerbungen stetig erhöht. Gerade den Schulen, den Kommunen und der Zivilgesellschaft bietet die Europawoche einen willkommenen Anlass, ihr europäisches Engagement besonders sichtbar zu machen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu europäischen Themen lebendig zu gestalten. In zahlreichen Bürgerbegegnungen, Aktionen in Schulen und von engagierten Vereinen wird das Thema Europa kreativ und informativ verarbeitet. Die landesweiten Veranstaltungen und Projekte binden die Bürgerinnen und Bürger in die europapolitische Bildungsarbeit ein und vermitteln verschiedene Partizipationsmöglichkeiten zur Gestaltung der europäischen Politik im demokratischen Mehrebenensystem. Durch die Ausrichtung der Themenschwerpunkte der Europawoche an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligen sich vermehrt auch zivilgesellschaftliche Vereine an dem Wettbewerb, die nicht primär europapolitische Themen bearbeiten. Auf diese Weise werden sowohl die europäische Dimension ihrer Kernthemen, beispielsweise der Flüchtlingshilfe, herausgestellt, als auch weitere Zielgruppen für das Thema „Europa“ sensibilisiert.

Die Landesregierung wird weiterhin in allen Teilen des Landes in diesem Zeitraum stattfindende Projekte unterstützen. Auch 2017 wird die Landesregierung den Wettbewerb Europawoche durchführen. Die Planungen hierzu laufen. Das im Jahr 2015 eingeführte Wettbewerbsverfahren, das an die Stelle des Zuwendungsverfahrens getreten ist, hat sich etabliert. Daher wurde nun auch ein eigener Titel eingerichtet. Im Rahmen der zweijährigen Pilotphase werden die verwaltungstechnischen Aufgaben der Europawoche durch die Bezirksregierung Münster, die bereits den Wettbewerb EuroVisions betreut, wahrgenommen. Nach Ablauf der Pilotphase in 2017 wird es eine Evaluierung geben.

Das Ansatz ergibt sich aus der Verlagerung von 35.000 EUR aus Titel 534 63 und 65.000 EUR aus Kapitel 02 030 Titel 685 21.

III. Transferhaushalt (Kapitel 02 030)

Länderbeobachter

Der Länderbeobachter ist eine Gemeinschaftseinrichtung aller Länder, die in Brüssel, am Sitz von Rat und Kommission, zur Informationsbeschaffung unterhalten wird. NRW finanziert die Einrichtung anteilig mit allen Ländern. Die Zahlungsverpflichtung ergibt sich aus dem "Abkommen über den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union" in der zurzeit geltenden Fassung. Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen berechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Für 2017 wurden 113.800 EUR im Titel 632 00 eingeplant, im Jahr 2016 waren dies 110.200 EUR.

Vernetzung der Zivilgesellschaft

20.000 EUR sind im Titel 685 21 u.a. vorgesehen zur Förderung von Projekten, die geeignet sind, das europäische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Zudem werden sie zur Förderung der Vernetzung mit den in Sachen Europa Aktiven im Land eingesetzt. Das Weniger gegenüber 2016 ergibt sich aus anteiliger Umschichtung zugunsten des Titels 539 63 in Kapitel 02 010.

Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen

Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen zur Vertiefung von Kontakten im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet sowie zur Förderung der europäischen Integration stehen im Titel 685 30 in Höhe von 157.100 EUR (wie bereits in 2016) zur Verfügung. Die institutionelle Unterstützung der Euregios, die dem Land wichtige Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleiben, soll auch in den folgenden Jahren gesichert werden. Neben der finanziellen Unterstützung bedeutet dies auch eine vertiefte inhaltliche Zusammenarbeit. So ist geplant, gemeinsam mit den Euregios, den Niederlanden und Belgien Aktivitäten zur Förderung des Europagedankens durchzuführen.

Intensivierung der bilateralen Beziehungen und Förderung des bürgerschaftlichen und politischen Dialogs

Aus dem Titel 686 10 werden mit 175.000 EUR (wie im Jahr 2016) Projekte und Maßnahmen im Inland finanziert, die der Intensivierung der bilateralen Beziehungen des Landes mit den EU-Staaten sowie der Förderung des bürgerschaftlichen und politischen Dialogs dienen. Beispielfhaft sind an dieser Stelle Förderungen einzelner Hochschulen für Debattierveranstaltungen zu erwähnen. Um Studierende stärker in die Europaarbeit einzubinden hat Prof. Kaeding von der Universität Duisburg-Essen das von der Staatskanzlei

2015 entwickelte Format „NRW debattiert Europa“ federführend und stellvertretend für die beteiligten Universitäten durchgeführt. Zentraler Gedanke dieses Formats ist, Europa zum Thema eines gesamten Semesters zu machen und nicht lediglich punktuell in einer Veranstaltung zu behandeln. Die Studierenden der Politik- bzw. Europawissenschaften in Nordrhein-Westfalen bekommen damit die Möglichkeit, durch wissenschaftliche Recherche tagespolitische Themen aufzubereiten und im Rahmen von Debattierseminaren mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen zu diskutieren. Daneben findet eine wichtige Vernetzung der Studierenden von Jean-Monnet Lehrstühlen des Landes statt. Für das Projekt erhielt Prof. Kaeding den europäischen „PADEMLA Teaching Award 2016“. Im Studienjahr 2016/2017 soll die Veranstaltungsreihe erneut und in leicht erweitertem Format stattfinden. Die Planungen dazu laufen.

Auch die bilateralen Kontakte zu den beiden Partnerregionen in Polen und Frankreich sollen weiter ausgebaut werden. In Umsetzung der im Januar 2014 unterschriebenen Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen Nordrhein-Westfalen – Nord-Pas de Calais sollen die Projekte u. a. die Themen Bildung, Jugend-Mobilität, Energie, Wirtschaftliche Entwicklung, Wissenschaft und Forschung, Kultur und das gemeinsame industrielle Erbe umfassen. Die Zusammenarbeit wird auch in 2017 mit der neuen Region Hauts de France (seit Januar 2016 durch Fusion der französischen Regionen Nord-Pas de Calais und Picardie) fortgesetzt. So wird Nordrhein-Westfalen 2017 Gastgeber eines kulturellen Projekts der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit sein. Partner ist das Straßentheater-Festival „neanderland BIENNALE“ unter Leitung des Kulturamts des Kreises Mettmann vom 23. Juni- 23. Juli 2017. Die weiteren Projekte der Zusammenarbeit (Jugendgipfel in Hauts-de-France, Projekt zur Industriekultur 2017, Kultur-Projekt in Schlesien 2016/17) werden ebenfalls aus NRW begleitet. Eine neue gemeinsame trilaterale Erklärung über die Zusammenarbeit soll unterzeichnet werden.

Die Zusammenarbeit mit der polnischen Woiwodschaft Schlesien ist vertrauensvoll und weiter intensiv. In einem bilateralen Arbeitsprogramm werden Projekte aus den Bereichen Raumordnung, Stadtentwicklung, Energie, Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft, Inneres und Sport sowie kulturelle und touristische Zusammenarbeit umgesetzt.

Im Jahr 2008 wurde eine gemeinsame Erklärung über eine verstärkte Partnerschaft und Bildung einer gemeinsamen Regierungskommission zwischen Ungarn und NRW unterzeichnet. Die Erklärung ist unbefristet. Auch wenn die ungarische Regierung aktuell wegen Demokratiedefiziten, Europakritik, Korruptionsvorwürfen, Machtmissbrauch und

seiner Haltung zu Russland kritisiert wird, hält NRW an der fach- und projektbezogenen Zusammenarbeit fest, auch bei unterschiedlicher Sichtweise zu politischen und gesellschaftlichen Fragen. Im Frühjahr 2017 wird die nächste Regierungskommissionssitzung in Budapest stattfinden. Der nordrhein-westfälische Europaminister hat den Ko-Vorsitz der gemischten Regierungskommission NRW-Ungarn.

Zuschuss an die Europa-Union

In Titel 686 30 sind 2017 erneut 74.000 EUR (wie bereits 2016) zur institutionellen Förderung der Europa-Union Nordrhein-Westfalen e.V. vorgesehen. Neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen ist dieser Zuschuss die finanzielle Grundlage des Landesverbandes, der seit 1947 besteht. Zu den Aufgaben zählt vor allem die europäische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Internationales und Eine Welt

I. Allgemeines

Nordrhein-Westfalen hat sich in den 70 Jahren seit seiner Gründung den Ruf eines wirtschaftlich starken, nach außen gerichteten Landes erworben und profitiert in hohem Maße von internationaler, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verflechtung. Mit ihren ausländischen Partnern pflegt die Landesregierung unter Beachtung der außenpolitischen Zuständigkeit des Bundes daher seit Langem enge internationale Beziehungen. Der Austausch von Unternehmen, Universitäten, Vereinen und Organisationen aus Nordrhein-Westfalen mit Partnern im Ausland spielt für dieses Selbstverständnis des Landes eine wichtige Rolle und wird daher von der Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefördert.

Zu den für Nordrhein-Westfalen besonders wichtigen Ländern zählen u.a. China, Ghana, Israel und die Palästinensischen Gebiete, Japan, Kanada, Russland, Südafrika, die Türkei und die USA. Neben Maßnahmen der allgemeinen Beziehungspflege (z.B. Empfang von Delegationen) erfolgt die internationale Zusammenarbeit des Landes mit Partnern im In- und Ausland u.a. im Rahmen von konkreten Projekten, Förder- und Austauschprogrammen, Konferenzen und Workshops, Veranstaltungen sowie internationalen Netzwerken.

Auf der Grundlage seiner Eine-Welt-Strategie leistet Nordrhein-Westfalen darüber hinaus seinen Beitrag zur entwicklungspolitischen Arbeit und zur Stärkung von Frieden und Stabilität

in der „Einen-Welt“ und nimmt dabei unter den deutschen Ländern einen Spitzenplatz ein. Das Land konzentriert sich hier auf diejenigen Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit, in denen es aufgrund seiner Kompetenzen und Erfahrungen einen besonderen Mehrwert leisten kann oder ein besonderes Interesse hat.

Ein zentraler Baustein in diesem Sinne ist aufgrund der großen Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern die Förderung des entwicklungspolitischen Engagements der Zivilgesellschaft im In- und Ausland. So können beispielsweise nordrhein-westfälische Nichtregierungsorganisationen über das Auslandsprogramm Fördergelder für Partnerprojekte in Entwicklungsländern erhalten.

Darüber hinaus unterstützt Nordrhein-Westfalen Projekte in Regionen und Ländern, mit denen es in besonderer Art und Weise verbunden ist, wie zum Beispiel in den langjährigen Beziehungen mit Israel. Hierzu zählt auch – insbesondere nach dem Abschluss des neuen Partnerschaftsabkommens im Frühjahr 2016, vor allem Ghana. Auch in den Palästinensischen Gebieten unterstützt Nordrhein-Westfalen Projekte, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

In Reaktion auf die Entwicklungen nach dem sogenannten „Arabischen Frühling“ und auf die Flüchtlingskrise setzt Nordrhein-Westfalen zudem einen neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkt und unterstützt Projekte in den arabischen Ländern. Damit will Nordrhein-Westfalen im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag leisten, um Ursachen für die Flucht nach Europa zu bekämpfen und den Migrationsdruck zu senken.

Ziel ist es, die besonderen Kompetenzen Nordrhein-Westfalens verantwortungsvoll, nachhaltig und wirksam in der entwicklungspolitischen Arbeit einzusetzen. Diese Arbeit spiegelt sich wider u.a.

- in den verschiedenen Programmen der entwicklungspolitischen Inlands- und Auslandsarbeit,
- in der Zusammenarbeit mit Partnerländern,
- in Kooperationsprojekten mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ gGmbH) sowie
- in diversen Einzelprojekten mit entwicklungspolitischen Akteuren.

Auch aufgrund seiner Entwicklung zum Standort nationaler Einrichtungen der Entwicklungspolitik und Standort der Vereinten Nationen sowie wichtiger Organisationen und Institutionen der internationalen Zusammenarbeit sieht sich Nordrhein-Westfalen in

besonderer Verantwortung als Akteur in der Entwicklungspolitik. Durch seine langjährigen internationalen Aktivitäten trägt das Land somit auch wesentlich zur Rolle Deutschlands in der Welt bei. Insbesondere dem Ausbau der Stadt Bonn als internationaler und UN-Standort kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu.

Mit der „Bonn Conference for Global Transformation“, die 2015 erstmals gemeinsam von der Landesregierung und der GIZ veranstaltet wurde, konnte ein wichtiger Beitrag zur Begleitung der neuen nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen – der Sustainable Development Goals – und zur Stärkung des internationalen Standortes Bonn geleistet werden. Die nächste Veranstaltung findet im Frühjahr 2017 statt und soll auch künftig im Zwei-Jahres-Turnus fortgeführt werden.

Mit ca. 3.000 aktiven Gruppen und Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit engagieren, verfügt Nordrhein-Westfalen über eine außerordentlich aktive und flächendeckend vernetzte Zivilgesellschaft im Bereich der Eine-Welt-Arbeit. Die Arbeit dieser Akteure wird das Land durch das „Eine-Welt-Promotorenprogramm NRW“ und das 2013 neu eingerichtete gemeinsame „Bund-Länder-Promotorenprogramm“ weiterhin unterstützen.

Auch die Programme zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit (EplB), die Förderung von Projekten im Ausland („Auslandsprogramm“) und den „Konkreten Friedensdienst“ wird die Landesregierung fortsetzen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei weiterhin auf Themenstellungen des fairen Handels und der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung mit ihrer großen Hebelwirkung und der damit verbundenen Verantwortung für Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ländern des globalen Südens. Mit der Einrichtung des Projektbüros „newtrade nrw“ – Büro für Nachhaltige Beschaffung sind wichtige Grundlagen für die Stärkung der nachhaltigen Beschaffung im Land gelegt worden.

Die Ansätze des Kapitels 02 010 Titelgruppe 64 und des Kapitels 02 040 umfassen die Mittel, die erforderlich sind, um die internationale Zusammenarbeit des Landes einschließlich der Eine-Welt-Politik und der Entwicklungszusammenarbeit umsetzen zu können.

II. Ergebnishaushalt (Kapitel 02 010)

Humanitäre Maßnahmen

Im Jahr 2017 stehen im Titel 529 64 für humanitäre Maßnahmen – wie bereits im Jahr 2016 – 20.000 EUR zur Verfügung. Die Mittel sind vorgesehen, um Menschen, die durch Katastrophen und Krisen im Ausland in Not geraten sind, bedarfsorientiert mit humanitären Maßnahmen zum Schutz und zur Versorgung zu unterstützen. Die humanitären Maßnahmen dienen der schnellen und flexiblen Hilfe und können in vielseitiger Weise erfolgen, u. a. durch die Bereitstellung unterschiedlichster Hilfsgüter (z. B. Medikamente, Lebensmittel, Kleidung und Hygieneartikel), die Erstellung von Schutzunterkünften, die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung und Geräten sowie den Einsatz von medizinischem Personal. So wurden im Oktober 2014 für die Opfer und Flüchtlinge des weiter andauernden Bürgerkriegs in Syrien 20.000 Euro für Hilfsprojekte des gemeinnützigen Vereins „IEH – Internationale Nothilfe e.V.“ durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt. Damit wurden zwei gebrauchte Rettungswagen erworben und in die vom Bürgerkrieg stark betroffene Stadt Afrin in der syrischen Provinz Aleppo überführt. Des Weiteren konnten syrische Flüchtlinge in einem Lager im Irak/Kurdistan mit medizinischen Hilfsgütern versorgt und medizinisches Personal in beiden Gebieten vor Ort eingesetzt werden. In der Humanitären Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen stand 2015 die Krise in Syrien und dem Irak mit ihren Auswirkungen weiterhin im Mittelpunkt. Daher unterstützte die Landesregierung die Initiative „Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet/NRW“ bei der Erweiterung der Flüchtlingsunterkünfte im Nordwestirak mit 5.000 Euro. Im Jahr 2016 konnten weitere 10.000 Euro für dieses Projekt bereitgestellt werden, mit denen zwei Wohncontainer erworben wurden.

Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes und für die Organisation des Jugendprogramms mit Israel

Im Titel 534 64 stehen im Jahr 2017 unverändert zu 2016 für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes und für die Organisation des Jugendprogramms mit Israel 296.600 EUR zur Verfügung.

Mittelpunkt der Aktivitäten sind dabei vor allem die nachhaltige Pflege und Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Ländern und Regionen, die für das Land von besonderem Interesse sind und mit denen formale Partnerschaften und Fachkooperationen bestehen (u.a. China, Ghana, Israel und die Palästinensischen Gebiete, Japan, Kanada, Russland, Südafrika, die Türkei und die USA).

Insbesondere die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zur Volkrepublik China haben sich in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt: China ist heute der zweitwichtigste Außenhandelspartner und mit über 900 chinesischen Unternehmensansiedlungen – davon

81 allein in 2015 – ist Nordrhein-Westfalen der wichtigste deutsche Investitionsstandort für chinesische Firmen. Wesentliche Grundlage hierfür sind die Partnerschaften des Landes mit den drei chinesischen Provinzen Jiangsu, Shanxi und Sichuan, die die Landesregierung mit konkreten bilateralen Projekten und einem dichten Besuchs- und Austausch auf politischer und administrativer Ebene intensiv pflegt.

Mit Israel verbinden Nordrhein-Westfalen ganz besondere Beziehungen. Im Bewusstsein der historischen Verantwortung Deutschlands setzt sich die Landesregierung für Verständigung und Versöhnung ein, fördert Austausch und Begegnung zwischen Deutschen und Israelis und pflegt die Erinnerungskultur. Als Anlaufpunkt für an Israel interessierte Bürgerinnen und Bürger hat die Landesregierung eine Israel-Geschäftsstelle eingerichtet, die aus diesem Titel finanziert wird. Die Geschäftsstelle hat die Aufgabe, über die deutsch-israelischen Beziehungen zu informieren. So sind mehrere Veranstaltungen geplant, die in unterschiedlichen Landesteilen Nordrhein-Westfalens stattfinden sollen und sich an verschiedene Zielgruppen richten. Auch unterstützt die Geschäftsstelle als Informations- und Servicestelle die Umsetzung der Gemeinsamen Absichtserklärung der Landesregierung mit der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, Yad Vashem, aus dem Jahr 2014.

Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben

Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben werden aus dem Titel 547 64 abgedeckt, der im Haushaltsjahr 2017 mit 329.000 EUR ausgestattet ist (zum Vergleich: Im Jahr 2016 waren es 404.000 EUR). Die Mittel sind u.a. vorgesehen für entwicklungspolitische Konferenzen und Veranstaltungen, für die Durchführung von Landesforen sowie für Publikationen und den Einsatz von Sachverständigen. Aus diesem Titel werden auch die Aktivitäten des Büros für Nachhaltige Beschaffung „newtrade nrw“, für ausgesuchte Kooperationsprojekte, Netzwerkarbeit/-pflege, Publikationen, Veranstaltungen sowie Bereitstellung von Expertise finanziert. So wurden im Jahr 2016 aus diesem Titel die Kosten für Veranstaltungen zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung (am 1. Februar 2016 in der Staatskanzlei) und zur Feier des 20-jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen am Standort Bonn (am 7. Mai 2015 im Landtag Nordrhein-Westfalen) bestritten. Für Anfang des Jahres 2017 ist als Gemeinschaftsveranstaltung mit der Stadt Bonn eine Veranstaltung für internationale Organisationen in Bonn in der Planung.

Zum anderen sollen die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen für:

- Entwicklungspolitische Maßnahmen u. a. in den Partnerländern der Landesregierung,
- Werkverträge, Dienstleistungsverträge und Sachverständige zur Unterstützung der entwicklungspolitischen Arbeit im Inland und Ausland,
- den Empfang von Delegationen aus dem Ausland und

- Sachkosten für Reisen von Delegationen zur Pflege bestehender oder Anbahnung potenzieller neuer Partnerschaften im Bereich der Entwicklungspolitik.
- Konzeption und Durchführung einer Konferenz mit Vertretern der internationalen Partnerländer und -regionen „Sustainable Cities – Strong Regions“, März 2017, (Side Event zur Bonn Conference)
- Maßnahmen und Publikationen zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

So beabsichtigt Nordrhein-Westfalen, einen Verwaltungsaustausch mit Ghana aufzubauen. Dieser Verwaltungsaustausch ist eingebettet in eine gemeinsame Initiative von sechs Bundesländern und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bzw. der vom BMZ beauftragten Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Vorgesehen ist, dass jeweils ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der hiesigen Landesverwaltung und ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der ghanaischen Landesverwaltung ein Tandem bilden und die Tandempartner im Wechsel im jeweils anderen Land hospitierten. Im Jahr 2017 ist ein erster Pilotdurchgang geplant.

Das Weniger ergibt sich aus der Auflösung der bei Kapitel 02 020 Titel 549 00 veranschlagten Globalen Minderausgabe.

III. Transferhaushalt (Kapitel 02 040)

Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gGmbH

Aus Titel 631 20 werden Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gGmbH abgedeckt, hier steht im Jahr 2017 die Summe von 1.314.000 EUR zur Verfügung. Es besteht eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 450.000 EUR. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die GIZ GmbH haben 2012 eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, auf deren Grundlage die Landesregierung Zuwendungen zu Eine-Welt-Projekten der gemeinnützigen GIZ gGmbH gewährt, die im Zusammenhang mit den entwicklungspolitischen Schwerpunkten der Landesregierung stehen. Das größte im Rahmen dieser Kooperation umgesetzte Projekt ist der seit 2012 laufende Ausbau der Kwame Nkrumah University of Science and Technology (KNUST) in Kumasi zu einem Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien und Ressourcenschutz. Ghana leidet unter einer unzureichenden Stromversorgung, die das Wirtschaftswachstum hemmt. Das Kompetenzzentrum soll vor Ort qualifiziertes Personal ausbilden, das zur Lösung dieses Problems beitragen kann. Das Projekt wird auch in 2017 fortgesetzt.

Als Teil des Bund-Länder-Programms setzen Landesregierung, BMZ und GIZ ein Vorhaben auf der Elektroschrotthalde Agbogbloshie in Accra um. Hier wird E-Schrott auch aus Europa und den USA unsachgemäß zerlegt, um an wiederverwendbare Wertstoffe zu gelangen. Agbogbloshie gilt als einer der am stärksten mit Umweltgiften belasteten Orte der Welt. Im Rahmen eines zweijährigen Vorhabens (2016 und 2017) soll ein Beitrag zur Verbesserung der gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen vor Ort geleistet werden. Konkret geht es um die Einrichtung eines Gesundheitspostens, der bei Unfällen Erste Hilfe leisten kann und zugleich den Anwohnern des angrenzenden Slums eine grundsätzliche medizinische Versorgung bietet. Parallel wird in einer Kooperation von RWTH Aachen und der University of Ghana (Accra) ein Biomonitoring durchgeführt. Mittels dieser Blutuntersuchungen bei den Arbeitern soll die tatsächliche Belastung mit Giftstoffen ermittelt werden. Die Ergebnisse sollen dann genutzt werden, um die ghanaische Seite zu konkreten Arbeitsschutzmaßnahmen beraten zu können.

Im Kontext des Krieges in Syrien und der damit verbundenen Flucht der Mehrheit der Syrerinnen und Syrer in die Nachbarstaaten Syriens und nach Europa engagiert sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in der Fluchtursachenbekämpfung. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten auf die Nachbarländer Syriens. Derzeit werden Gespräche über die Förderung eines Projekts im Libanon geführt. Der Libanon nimmt in Relation zu seiner Bevölkerungszahl und seiner Fläche den größten Teil an Flüchtlingen auf und ist damit stark belastet. In den Flüchtlingslagern leiden vor allem die Kinder, denen auch aufgrund eines fehlenden Zugangs zur Bildung in den Lagern seit Jahren jegliche Lebensperspektive fehlt. Geplant ist zudem ein Programm zur Verbesserung von Bildungschancen syrischer Flüchtlingskinder im Libanon (2016/17), das über die GIZ vor Ort von der internationalen Nichtregierungsorganisation „Save the Children“ umgesetzt wird.

Die Landesregierung hat durch Projekte der GIZ seit 2012 die Entwicklung der Messe FAIR Trade & Friends in Dortmund unterstützt. 2012 bis 2015 hat die GIZ Sonderschauen mit Fairtrade-Produzenten aus wechselnden Kontinenten durchgeführt, die zur internationalen Profilierung der Messe beigetragen haben. Die Messe hat im Jahr 2016 vom 1. bis 3. September als FAIR FRIENDS erstmals mit einem erweiterten Konzept als Nachhaltigkeitsmesse stattgefunden. Aus den Mitteln dieses Titels ist zur Unterstützung des neuen Konzepts erneut eine Sonderschau der GIZ mit Produzenten von nachhaltig hergestellten Produkten aus Ländern des globalen Südens gefördert worden.

Die „Bonn Conference for Global Transformation“ soll im Jahr 2017 gemeinsam mit der GIZ fortgeführt werden. Die Ausgaben zur Durchführung der Konferenz werden aus diesem Titel finanziert. Die Bonn Conference for Global Transformation 2017 soll am 21. und 22. März

2017 im World CC Bonn unter dem Titel „Sustainable Development in Times of Crisis“ (Arbeitstitel) stattfinden. Sie soll sich der Frage widmen, wie sich nachhaltige Entwicklungsprozesse im Sinne der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen gestalten lassen in einer Zeit, die im globalen Maßstab von einer zunehmenden Zahl an krisenhaften Entwicklungen wie dem Zusammenbruch staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen, bewaffneten Konflikten und einer zunehmenden gesellschaftlichen und sozialen Spaltung in vielen Staaten geprägt ist. Die Thematik von globaler Relevanz für die Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und zugleich von praktischer Alltagsrelevanz für die internationale Zusammenarbeit soll mit einer Fokussierung auf Europa und seine Anrainerregionen diskutiert werden.

Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

In Titel 633 00 stehen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 270.000 EUR für die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung, dies ist derselbe Betrag wie im Vorjahr. Es besteht eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 90.000 EUR.

Das Programm soll nordrhein-westfälischen Kommunen Anreize zu entwicklungspolitischem Engagement bieten und sie bei ihren entsprechenden Aktivitäten unterstützen. Die Förderung des Landes konzentriert sich dabei insbesondere auf die Bereiche „Kommunale Entwicklungspartnerschaft“ und „Durchführung entwicklungspolitisch relevanter Projekte im Ausland“. Durch die Förderung von Projekten in Partnerkommunen können Partnerschaften entscheidend verbessert und Kooperationen stetig vertieft werden.

Mit dem Programm leistet das Land einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele des Handlungsfeldes „Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ der Eine-Welt-Strategie des Landes. Darüber hinaus unterstützt das Land mit diesem Programm die Verwirklichung der im September 2016 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals oder kurz SDGs). Es besteht breiter Konsens darüber, dass der kommunalen Ebene – und daher auch der kommunalen Nord-Süd-Zusammenarbeit – eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der SDGs zukommen wird.

Zu diesem Zwecke wurden in 2016 die Förderrichtlinien dahingehend überarbeitet, dass neben den Schwerpunkten der Eine-Welt-Strategie auch die die SDGs als Basis für eine Förderung dienen können.

Erstmals seit Auflegung des Programms wurden die Mittelansätze 2016 vollständig durch antragstellende Kommunen abgerufen (Rückflüsse sind im Moment noch nicht absehbar). Dieses bestätigt den wachsenden Bedarf nach derartigen Förderprogrammen bei den Kommunen in NRW.

Träger dieses Programmes ist die Engagement Global gGmbH.

Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit

Die im Haushaltsjahr 2017 in Titel 684 10 enthaltenen Mittel in Höhe von 250.000 EUR (derselbe Betrag wie im Vorjahr) fließen im Schwerpunkt in das Landesprogramm zur Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit (EplB). Das Land fördert mit diesem Programm die entwicklungspolitische Bildungsarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. Das Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit besteht darin, die Aufmerksamkeit und Sensibilität für Eine-Welt-Themen über das Fachpublikum hinaus in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Dieses Ziel ist mit der Verabschiedung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im September 2015 noch wichtiger geworden.

Mit dem EplB-Programm wird auch eines der Ziele der Eine-Welt-Strategie des Landes umgesetzt. Ferner leistet das Programm einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der im Januar 2016 verabschiedeten Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW (2016-2018)“. Für das EplB-Programm, welches Kleinprojekte bis zu 5000 EUR pro Projekt fördert, sind aus diesem Titel 150.000 EUR vorgesehen. Diese Mittel sind regelmäßig in der Mitte des Jahres vollständig aufgebraucht. Für 2016 fand die letzte Förderrunde im August statt. In Ergänzung zu den bestehenden Bundesprogrammen schließt das NRW-Programm die Förderlücke, die bei Projekten bis 5.000 € besteht, da z.B. das FEB Programm des Bundes regelmäßig nur Projekte ab 5.000 € fördert. Träger des Programmes ist die Engagement Global gGmbH.

Über das EplB-Programm hinaus unterstützt das Land mit den Mitteln des Titels das bundesweite Lern- und Qualifizierungsprogramm „Arbeits- und Studienaufenthalte“ (ASA), die Arbeit des Landesnetzwerks „Eine Welt Netz NRW e.V.“ und die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Services (WUS) e.V.

Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen

Titel 684 20 ist im Haushaltsjahr 2017 wie im Vorjahr mit 1.120.000 EUR ausgestattet, es besteht eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 EUR. Zentrales Ziel des seit 1996 bestehenden Promotorenprogramms ist es, die Eine-Welt-Arbeit in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft kontinuierlich weiter zu stärken und zu professionalisieren. Das von der Zivilgesellschaft selber getragene und durchgeführte Programm stellt daher die „Grundversorgung“ der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen mit Expertise im Bereich der Eine-Welt-Politik sicher. In den Jahren 2014 und 2015 ist das Promotorenprogramm evaluiert und weiterentwickelt worden.

Neben der Förderung eines ausschließlich vom Land finanzierten Programms sind die Mittel in diesem Titel vorgesehen für die anteilige Finanzierung des NRW-Anteils in einem nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens gemeinsam verantworteten Bund-Land Promotorinnen- und Promotorenprogramm (2016 bis 2018). Gefördert werden im Rahmen beider Programme Regionalstellen mit der Aufgabe, das entwicklungspolitische Engagement in den Regionen des Landes zu vernetzen und weiter zu stärken und in möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche hineinzutragen, sowie Fachstellen mit der Aufgabe, die Eine-Welt-Szene des Landes mit spezieller fachlicher Expertise zu unterstützen. Aufgrund der 2016 erfolgten Mittelserhöhung konnte die Anzahl der Stellen weiter ausgebaut werden, so dass nunmehr rund 25,5 äquivalente Vollzeitstellen in den beiden Programmen zur Verfügung stehen. Neu geschaffen wurde z. B. eine Fachstelle „Flucht, Migration und Entwicklung“, die auf die aktuelle Flüchtlingssituation reagiert und beratend tätig wird. Die Profile einzelner Promotorinnen und Promotoren können auf der Internetseite des Eine-Welt-Netz NRW abgerufen werden.

Über das Promotorenprogramm wird auch die Umsetzung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW (2016-2018)“ unterstützt. Eine Stelle des Promotorenprogramms wird bei der Natur- und Umweltschutz Akademie (NUA) des Landes in Recklinghausen angesiedelt und wird dort im Rahmen der zur Umsetzung der BNE-Strategie eingerichteten Agentur das Feld „Globales Lernen“ bearbeiten und für die Zusammenarbeit der Agentur mit der Zivilgesellschaft zuständig sein.

In ihrer konkreten Arbeit unterstützen die Promotorinnen und Promotoren Menschen und Organisationen, die die Umbrüche und Transformationen der heutigen Zeit mitgestalten wollen. Sie vermitteln Weltoffenheit und Verständnis für die komplexen globalen Zusammenhänge unserer Zeit. Sie qualifizieren lokale Eine-Welt-Gruppen, beraten Vereine, Gruppen, Institutionen, Weltläden, Migrantenorganisationen und Einzelpersonen zu Eine-Welt-Themen, Organisations- und Finanzierungsfragen. Die Promotorinnen und Promotoren leisten damit auch einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der Ziele der Eine-Welt-Strategie des Landes und zur Verbreitung und Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Ein großes Vorhaben wie das laufende Projekt „Weltbaustellen NRW“ des Eine Welt Netz Nordrhein-Westfalen (2016-2017), dessen Ziel darin besteht, die Diskussion über die 2030-Agenda über Fachkreise hinaus in die Breite der Bevölkerung zu tragen, wäre ohne das Netzwerk der Promotoren nicht denkbar.

Träger der Programme sind Eine Welt Netz NRW e.V. bzw. Engagement Global gGmbH.

Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in Entwicklungsländern - Konkreter Friedensdienst

Mit den im Haushaltsjahr 2017 im Titel 684 30 veranschlagten Mitteln in Höhe von 280.000 EUR (derselbe Betrag wie im Vorjahr) werden über das Programm "Konkreter Friedensdienst" Jugendliche bis zum 27. Lebensjahr bei Kurzaufenthalten (in der Regel 1-3 Monate) unterstützt, die über konkrete Projekte in Ländern der Einen-Welt entwicklungspolitische Erfahrung gewinnen sollen. Das Programm setzt damit auch Ziele der Eine-Welt-Strategie des Landes in den Bereichen „Bildung und Jugend“ sowie „Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements“ um. Gefördert werden sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen durch einen Reisekostenzuschuss. Das Programm, welches seit 1986 zum „Markenkern“ der nordrhein-westfälischen Eine-Welt-Politik gehört und Signalwirkung auch über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus hat, wird von jungen Erwachsenen stark nachgefragt und trägt mit seiner Wirkung auch über die Rückkehr der Jugendlichen hinaus wesentlich dazu bei, das Wissen und Verständnis über Länder der Einen-Welt und deren Kulturen in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu verbessern. Über den Konkreten Friedensdienst werden darüber hinaus auch feste Kooperationsbeziehungen zwischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen – wie etwa Schulen und Berufsschulen – und Ländern des Globalen Südens aufgebaut und gepflegt.

Zielgruppe des Programms sind sowohl Schülerinnen, Schüler und Studierende als auch Auszubildende und junge Berufstätige aus Nordrhein-Westfalen.

Ein „Reverse-Element“ zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure des Südens soll NROs aus den Ländern der Einen-Welt die Möglichkeit geben, Erfahrungen in ihren Partnerorganisationen in Nordrhein-Westfalen zu sammeln mit dem Ziel, künftig noch qualifizierter arbeiten zu können. Dieses „Reverse“-Element soll 2017 fortgeführt werden.

Darüber hinaus wird über das Förderprogramm die „Zusatzqualifizierung für Auszubildende und junge Fachkräfte aus dem Handwerk“ angeboten.

Die internationale Vernetzung bietet für Fachkräfte des Handwerks neue berufliche Chancen. Handwerksbetriebe in Deutschland suchen vermehrt nach geeignetem Personal für das Auslandsgeschäft und auch in Projekten in Entwicklungsländern sind kompetente Handwerkerinnen und Handwerker gefragt. Hierfür bedarf es jedoch besonderer Qualifikationen. Gefordert werden insbesondere Wissen über andere Kulturen und globale Zusammenhänge, interkulturelle Kompetenz und Fremdsprachenkenntnisse. Die Zusatzqualifizierung "Junges Handwerk in der Entwicklungszusammenarbeit" möchte Auszubildenden und junge Fachkräfte aus dem Handwerk auf diese Herausforderungen vorbereiten.

Kernelement der Zusatzqualifizierung ist ein mindestens vierwöchiges Auslandspraktikum in einem Projekt in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland

In Titel 686 00 sind im Haushaltsjahr 2017 für Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland Mittel in Höhe von 590.000 EUR veranschlagt, das ist derselbe Betrag wie im Vorjahr. Es besteht eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 380.000 EUR. Dieser Ansatz beinhaltet ab 2017 auch die Maßnahmen, die in den Vorjahren in Kapitel 02 040, Titel 686 10, 686 20, 686 30 und 687 00 veranschlagt wurden. Er ist u. a. vorgesehen für Maßnahmen im Ausland, die die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen fördern. Außerdem stehen hier Mittel für Zuschüsse zu Projekten und Maßnahmen im Inland, die der Intensivierung der internationalen Beziehungen dienen, zur Verfügung.

Nach wie vor dienen die Mittel ebenfalls der Unterstützung von Einzelmaßnahmen, die der weiteren Entwicklung der Bundesstadt Bonn als Standort internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie als Standort der Vereinten Nationen dienen. Gefördert werden einzelne Veranstaltung oder Projekte, die unmittelbar einer Stärkung der internationalen Strukturen am Standort Bonn zu Gute kommen oder dazu beitragen, dass die am Standort Bonn angesiedelten internationalen Einrichtungen ihre Aufgaben in Bonn bestmöglich wahrnehmen können.

Darüber hinaus sollen künftig aus Mitteln dieses Titels auch internationale Kooperations- und Austauschprojekte gefördert werden, die Universitäten, Vereine und Organisationen im Rahmen der von der Landesregierung gesetzten regionalen Schwerpunkte durchführen (bisher gefördert aus dem ab 2017 aufgelösten Titel 686 10). So hat die Landesregierung im Jahr 2016 u.a. Projekte der Stiftung Entwicklung und Frieden – insbesondere das jährliche Bonn Symposium und die vom Knowledge Center for Sustainable Development der Vereinten Nationen durchgeführte erste Sommerakademie der Vereinten Nationen in Bonn unterstützt.

Es ist ebenfalls geplant, die Jahresveranstaltung des Vereins BIMUN/SINUB (Bonn International Model United Nations/Simulation Internationale des Nations Unies de Bonn) zu fördern. Ferner ist aus diesem Titel im Jahr 2016 die Erstausrüstung der neuen Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeit für Westdeutschland (RENN West) in Bonn gefördert worden. Für das Jahr 2017 sind erste Gespräche mit den VN-Einrichtungen in Bonn mit Blick auf eine Unterstützung neuer Vorhaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geführt worden.

Auch sollen weiterhin beispielsweise Stipendien für junge Menschen aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Jordanien für ein Studium in Nordrhein-Westfalen vergeben werden. Im Rahmen eines Kurzzeit-Stipendienprogramms erhalten junge Menschen die Gelegenheit, jeweils bis zu drei Monate lang Forschungsarbeiten (z. B. Messungen, Modellrechnungen, Archivstudien oder demoskopische Studien) an Instituten der Hochschulen durchzuführen, die für die Erstellung ihrer Abschlussarbeiten bzw. Dissertationen an ihrer Heimathochschule von Belang sind. Hierzu werden sie in Forschungs- und Arbeitsgruppen an den Hochschulen in NRW eingebunden, können sich aktiv an laufenden Forschungen und Projekten beteiligen und werden in Methodiken des Arbeitsgebietes eingeführt. Am Kurzzeitstipendien-Programm beteiligt sich regelmäßig eine Vielzahl von Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen.

Auch der trilaterale Masterstudiengang „European Studies“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf soll weiterhin unterstützt werden. Jedes Jahr kommen ca. 30 Studierende aus dem Nahen Osten zu einem gemeinsamen Masterstudiengang an der HHU in Düsseldorf zusammen. Der Master-Studiengang baut auf Bachelor-Abschlüssen auf, die die Studierenden an ihren jeweiligen Hochschulen in Israel (seit 2013 Tel Aviv University), in Jordanien (Royal Scientific Society; Amman) und in Ost-Jerusalem (Al-Quds Universität) erworben haben. Mit dem Programm sind drei Ziele verbunden:

- Die Studierenden lernen sich kennen, tauschen sich aus und bauen im besten Fall Vertrauen auf. Damit soll langfristig Frieden und Verständigung im Nahen Osten unterstützt werden.
- Die Studierenden lernen durch das Programm den deutschen akademischen Stil kennen. Eigenständiges Nachdenken, kritisches Nachfragen werden gefördert.
- Die Europäische Union gewinnt mit den Studierenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Europa im Nahen Osten. Viele Alumni des Programms arbeiten in ihrer Heimat in wichtigen Einrichtungen und Institutionen (GIZ, Goethe-Institut, Royal Scientific Society in Jordanien, Botschaften etc.).

Mit dem Studienprogramm „Dual Post Graduate Studies Arab Countries“ sollen 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus dem Bereich der Ingenieurwissenschaften aus den arabischen Ländern an der International Academy der RWTH Aachen weiterqualifiziert werden. Ziel des Programms ist es, die Arbeitsmarktbefähigung von Studierenden und jungen Absolventen arabischer Länder zu fördern und die Beziehungen zwischen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen und Nachwuchskräften aus den MENA-Ländern zu stärken.

Darüber hinaus fördert die Landesregierung mit dem Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsforum NRW eine mittlerweile etablierte Anlaufstelle und Austauschplattform für

Unternehmen, die den Einstieg in den afrikanischen Markt suchen. Ziel der Landesregierung ist es dabei, den Blick für die vielschichtigen Realitäten in Afrika zu schärfen, den Austausch zwischen afrikanischen Ländern und Nordrhein-Westfalen zu intensivieren und Wirtschaftskooperationen zu stärken.

Das Forum zeigt mittelständischen Unternehmen die Chancen des afrikanischen Marktes auf und ermöglicht erste Kontakte zu Partnern vor Ort. Besondere Bedeutung kommt den Auslandshandelskammern zu, die mit Vertretern ihrer afrikanischen Niederlassungen auf dem Forum präsent sind und so zu konkreten Anliegen der Unternehmen kompetent und praxisorientiert Stellung nehmen können. Bereits auf dem afrikanischen Markt etablierte Unternehmen berichten in „best practice“-Beispielen von ihren Erfahrungen. Hochrangige Vertreter aus Afrika beleuchten aus afrikanischer Perspektive die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents. Veranstalter des Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsforums sind die Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen und die IHK zu Dortmund.

Weiterhin wird die Landesregierung aus diesem Titel wie bereits in der Vergangenheit (seit 2009 aus dem ab 2017 aufgelösten Titel 686 30) regelmäßig einigen ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern aus afrikanischen Ländern die Möglichkeit bieten, bei der Akademie für zivile Konfliktbearbeitung im Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (Köln) eine berufliche Weiterbildung zur Friedensfachkraft zu erlangen. Die Ausbildung umfasst neben den Grundlagen der zivilen Konfliktberatung die Aufklärung über Entstehung und Konsequenzen von Konflikten, den Aufbau des Dialoges der Konfliktparteien und die Reintegration von Flüchtlingen. Darüber hinaus werden Konfliktintervention, Methoden und Modelle für die praktische Projektarbeit behandelt. Das Land Nordrhein-Westfalen leistet mit der Förderung mehrerer Stipendien für Bewerberinnen und Bewerber aus afrikanischen Ländern einen konkreten Beitrag zur Förderung von friedlicher Konfliktbearbeitung als notwendige Grundlage für jedwede Entwicklung.

Die Landesregierung unterstützt zudem aus diesem Titel im Rahmen des Auslandsprogramms Projekte von nordrhein-westfälischen Nichtregierungsorganisationen, die in Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen in Entwicklungsländern durchgeführt werden (bisher Förderung aus dem ab 2017 aufgelösten Titel 687 00). Damit stellt das Programm einen wesentlichen Bestandteil der nordrhein-westfälischen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland dar.

Gefördert werden Projekte, die sich an der Eine-Welt-Strategie des Landes bzw. an den im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungszielen orientieren. Der Förderung von Frauen, der Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern sowie Bildungsprojekten wird dabei

besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Interessierte Institutionen werden – bei Bedarf – von der Außenstelle Düsseldorf von Engagement Global beraten, die das Förderprogramm im Auftrag der Landesregierung betreut. Regionale Schwerpunkte sind das NRW-Partnerland Ghana sowie Südafrika. Aber auch Projekte in anderen Ländern erhalten Zuschüsse.

Darüber hinaus werden Projekte und Initiativen in Ländern gefördert, mit denen Nordrhein-Westfalen auf besondere Art und Weise verbunden ist (bislang Förderung aus Titel 687 00). Dazu zählen beispielsweise – resultierend aus der historischen Verpflichtung – insbesondere Israel und die Palästinensischen Gebiete. Die in Israel geförderten Projekte dienen den drei Schwerpunkten des Engagements des Landes: der Förderung von Austausch und Begegnung zwischen Deutschen und Israelis, der Pflege von Erinnerungskultur oder der Förderung von Verständigung und Versöhnung innerhalb Israels. Ziel der Projektförderungen in den Palästinensischen Gebieten ist es, die prekäre Lebenssituation des palästinensischen Volkes in der West Bank zu verbessern. Nordrhein-Westfalen engagiert sich in den Palästinensischen Gebieten seit Anfang der 1990er Jahre.

Auch die Förderung für das Amerika-Haus e.V. Nordrhein-Westfalen (bisher gefördert aus dem ab 2017 aufgelösten Titel 686 20) wird künftig aus diesem Titel durchgeführt. Das Amerika-Haus leistet mit seinen Veranstaltungen, Publikationen und mit seinem Netzwerk einen wertvollen Beitrag zum transatlantischen Dialog in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur. Mit den Zuschüssen des Landes soll der Verein in seiner Projekt- und Programmarbeit auf seinem erfolgreichen Weg zu wachsender finanzieller Eigenständigkeit weiter unterstützt werden.

Zuschüsse für Investitionsausgaben

In Titel 896 00 sind hierfür 50.000 EUR im Haushaltsjahr 2017 vorgesehen (derselbe Betrag wie im Vorjahr). Die Mittel sind ausschließlich für investive Maßnahmen im Ausland im Rahmen der Pflege der internationalen Beziehungen vorgesehen. Investive Maßnahmen können beispielsweise infrastrukturelle Projekte oder einmalige Ausstattungsvorhaben sein. Ausgaben für Investitionen sollen sich vorrangig auf die Länder beziehen, mit denen das Land Nordrhein-Westfalen Partnerschaften oder Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen hat bzw. bei denen ein besonderes Interesse an der internationalen Zusammenarbeit besteht.

I. Allgemeines

Die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union feiert in diesem Jahr ihren 30. Geburtstag. Sie hat sich als renommierte Plattform für Arbeitstreffen, fachpolitische Veranstaltungen und Kulturveranstaltungen etabliert. Durch die Ausrichtung von Veranstaltungen werden für die Arbeit der Landesvertretung wichtige Netzwerke aufgebaut und gepflegt. Die Veranstaltungen sind Teil der Information und Kommunikation, auf die eine Repräsentanz angewiesen ist. Das gilt auch für den kontinuierlichen Informationsaustausch mit den Europaabgeordneten aus NRW. Mit Blick auf die immer engeren Verflechtungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene gewinnen diese Kommunikationsprozesse weiterhin an Bedeutung. Wenn es gelingt, die Aufmerksamkeit der Vertreterinnen und Vertreter aus den Institutionen auf sich zu ziehen, finden die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Besonderheiten Nordrhein-Westfalens einen verbesserten Zugang zu dem politischen Willensbildungsprozess der EU.

Die Landesvertretung ist zudem eine beliebte Informations- und Netzwerkplattform für Besuchergruppen und Akteure aus NRW. Auch die Gremien des Landtags nutzen die Landesvertretung als ihre Anlaufstelle in Brüssel. Insbesondere der zuständige Ausschuss des Landtags macht von diesem Angebot Gebrauch, aber auch die Mehrzahl der Fraktionen hat Brüssel besucht und die Landesvertretung für Treffen mit Kommissionsmitgliedern und Abgeordneten genutzt. Gleiches gilt für Kommunen und ihre Vertreterinnen und Vertreter. So konferierten im März 2016 Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets zwei Tage mit Vertretern der Kommission, um Fragen der Verkehrspolitik und Stadtentwicklung unter dem Aspekt „grüne Infrastruktur“ zu erörtern. Bereits im Vorfeld der Entscheidung über die Auszeichnung „European Green Capital“ hat die Landesvertretung die Stadt Essen mit einer Veranstaltung unterstützt, an der auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks teilgenommen hat, und damit den Weg für die Auszeichnung 2017 geebnet. Im kommenden Jahr wird sich Essen in mehreren Veranstaltungen als die Europäische Grüne Hauptstadt Essen in der Brüsseler NRW-Vertretung präsentieren können.

II. Ergebnishaushalt

Der Gesamtansatz der Landesvertretung (Titelgruppe 90) beträgt in 2017 4.434.500 Euro. Das sind 11.800 Euro weniger als im Vorjahr (4.446.300 Euro). Der geringere Ansatz ergibt sich durch eine in Abzug gebrachte anteilige Globale Minderausgabe bei den sonstigen sächlichen Verwaltungsausgaben (Titel 547 90) in Höhe von 30.000 Euro sowie einer Erhöhung der Personalausgaben in Höhe von 18.200 Euro. Ansonsten haben sich die Ansätze bei den einzelnen Titeln im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Die Landesvertretung versucht, die Mehrkosten für Preissteigerungen sowie die Globale Minderausgabe im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zu erwirtschaften. Der Ansatz für Veranstaltungen, Kontaktpflege und Besucherbetreuung (Titel 541 90) beträgt 2017, wie auch in den Vorjahren, 236.400 Euro. Die Veranstaltungsräume der Landesvertretung sind nach Lage und Zuschnitt im Vergleich zu anderen Veranstaltungsorten ausgezeichnet. Allerdings sind weitere Investitionen zur Modernisierung der Multimediaeinrichtungen und Besucherleitsysteme sowie zur Verbesserung der Raumluft erforderlich.

Darüber hinaus ist Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiges Instrument um die Marke NRW im europäischen Umfeld präsent zu halten. Der Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit (Titel 531 90) beträgt wie im Vorjahr 20.000 Euro. Die Landesvertretung setzt bei ihrer Außendarstellung zunehmend auf die Digitalisierung, ihr Engagement in den Sozialen Medien hat sie kontinuierlich ausgebaut.

Insgesamt ist die Zahl der Veranstaltungen und Besuchergruppen in der Brüsseler Landesvertretung seit 2010 um etwa 50 % gestiegen und liegt nun bei etwa 400 Veranstaltungen per anno. Diesen Zuwachs hat die Landesvertretung ohne zusätzliches Personal und ohne zusätzliche Haushaltsmittel erzielen können. Dabei befinden sich die Anforderungen an die Qualität der Gästebetreuung und die Prägnanz von Veranstaltungen auf einem sehr hohen Niveau, das es in der Zukunft zu halten gilt. Die Veranstaltungsqualität wird hinsichtlich Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ständig ausgebaut.

Etablierte und renommierte Veranstaltungsreihen sind NRW.Kultur, NRW.Position und NRW. Im Gespräch - Denkwerkstatt Europa, das Sommerfest (jeweils in Kooperation mit einem regionalen Partner), die jährliche Präsentation eines Trägers oder einer Trägerin des Förderpreises für Musik des Landes NRW sowie die jährliche Brauchtumsveranstaltung zum Karneval. Die Landesvertretung präsentiert das Kulturland NRW mit unterschiedlichen

Partnern, wie z. B. dem Kunsthaus NRW, auf hohem Niveau und erreicht mit ihrem abwechslungsreichen Programm ein breites Zielgruppenspektrum.

Die inhaltliche Ausrichtung der fachpolitischen Veranstaltungen orientiert sich an den europapolitischen Prioritäten, z. B. mit den Themen „Unternehmerverantwortung in der Flüchtlingskrise“, „Integrationsmöglichkeiten durch Sport“ oder „Die europäische Säule sozialer Rechte“. In der Diskussionsveranstaltung „Frauen auf der Flucht“ werden die NRW-Maßnahmen hinsichtlich einer besseren Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen im europäischen und internationalen Kontext vorgestellt und diskutiert. Im Bereich Finanzpolitik hat die Landesvertretung eine Veranstaltung mit dem Titel „Konsequenzen aus LuxLeaks, Panama und Co: Welche weiteren nationalen und internationalen Maßnahmen sind erforderlich, um Transparenzlücken wirksam zu schließen?“ durchgeführt.

Im Bereich der Energie- und Klimapolitik beziehen sich die Veranstaltungen der Landesvertretung in 2016 vor allem auf die Themenfelder europäisches Strommarktdesign und die Reform des europäischen Emissionshandelssystems (ETS). Auch 2017 wird die Energie- und Klimapolitik im Fokus der Landesvertretung bleiben. Mit Blick auf das Horizont 2020-Programm finden in der Landesvertretung regelmäßig sogenannte „Grand Challenges: Answers from NRW“ Veranstaltungen des MIWF statt – so auch im laufenden Jahr und absehbar 2017.

Für das Themenfeld der Medien- und Netzpolitik hat die Landesvertretung gemeinsam mit dem Grimme Institut die Reihe DIGITALE GESELLSCHAFT NRW.EU etabliert, bei der Einzelthemen der Digitalisierung auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene diskutiert werden. Gemeinsam mit der Film- und Medienstiftung wurde der NRW.Filmclub.Brüssel gegründet. Hier werden zwei Mal im Jahr Filme gezeigt, die einen besonderen Bezug zu NRW haben. Beide Reihen werden 2017 fortgesetzt.

Für 2017 sind bereits folgende Veranstaltungen vorgesehen:

Januar 2017	NRWKultur - Berlin - Sinfonie der Großstadt Film/Konzert
Januar 2017	Vorstellung Programm Essen - Grüne Hauptstadt Europas
Februar 2017	Karneval goes Europe
März 2017	NRWKultur: Krimipreis
März 2017	NRW.Filmclub.Brüssel
April 2017	atelier NRW-young artists from NRW - Ausstellung
Mai 2017	Filmland NRW

Juni 2017	DIGITALE GESELLSCHAFT NRW.EU
Juli 2017	Sommerfest
August 2017	NRWKultur: Lesung Literaturland NRW
September 2017	NRWKultur: poetry slam
Oktober 2017	atelier NRW-young artists from NRW – Ausstellung
November 2017	Filmland NRW
Dezember 2017	Präsentation Förderpreisträger für Musik